

*Ökonomische Konferenz*

zwei, um das notwendige Kartoffelquantum entsprechend lagern zu können.

Vize-Bürgermeister Rain teilt mit, daß die Verhandlungen mit der Genossenschaft der Fragner und den verschiedenen Gremien zu einem Abschlusse gelangt seien und daß bereits am nächsten Mittwoch, den 13., auf folgenden Plätzen mit dem Verkaufe der Kartoffel begonnen werde: Schüttaustraße, Vorgartenstraße, Augartenbrücke, Brigittabrücke, Jörgerstraße, Neubaugürtel, Linzerstraße, Niederhofstraße, Margaretenplatz, Grasberggasse, Nußdorferlinie.

Gem.-Rat Steiner führt aus, daß die Ursache, daß gegenwärtig keine Kartoffel auf den Wiener Markt kämen, in der Preisabstufung liege.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner erklärt, es werde ungeachtet der nicht unbedeutenden Herstellungskosten notwendig sein, die Herstellung von Kartoffelmieten vorzunehmen.

Vize-Bürgermeister Rain beantragt, Mieten für zirka 1000 Waggons herzustellen.

Magistratsrat Dr. Ehrenberg erklärt, daß die Zeit für die Herstellung der Mieten außerordentlich knapp sei und wenn man nicht sich jetzt gleich für ein größeres Quantum entscheide, dies später nicht mehr nachzuholen sei.

Gem.-Rat Leitner hält die Miete von 1000 Waggons für genügend, da durch die Abfuhr an die Detaillisten auch viel eingewintert werde.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner spricht sich dafür aus, daß mindestens 1000 Waggons Erdäpfel eingemietet werden sollen. Dadurch sei dem Magistrate die Ermächtigung gegeben, im Bedarfsfalle auch über das Quantum von 1000 Waggons hinauszugehen.

Die Konferenz stimmt dem Antrage des Bürgermeisters einmütig zu.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner teilt mit, daß er sich wegen Einfuhr von Fleischschweinen aus Galizien an den Ministerpräsidenten gewendet habe und gibt nun folgende Zuschrift des Ackerbauministers vom 23. September bekannt:

„K. k. Ackerbauministerium.

Wien, am 23. September 1915.

Z. 36488.

Bezug von Schlachtschweinen aus den wiedereroberten Teilen Galiziens.

An den Herrn Bürgermeister der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien.

Mit Beziehung auf die mir von Seiner Exzellenz dem Herrn Ministerpräsidenten übermittelte Zuschrift Eurer Exzellenz vom 19. Juni 1915, Z. IX 4219, beehre ich mich mitzuteilen, daß dem Ackerbauministerium mehrfach Ansuchen von Schweinehändlern um die Bewilligung zum Bezuge von Schlachtschweinen aus den wiedereroberten Gebieten Galiziens zum Zwecke der Approvisionnement der Stadt Wien und anderer Hauptstädte zugekommen sind.

Diese Ansuchen wurden der galizischen Statthalterei mit dem Auftrage mitgeteilt, sich mit dem Etappen-Ober-Kommando wegen Ermöglichung dieser Bezüge ins Einvernehmen zu setzen und sodann zu berichten, ob gegen den Abtransport von

Schweinen vom Standpunkte der Versorgung der dortigen Bevölkerung sowie der Heeresverpflegung ein Anstand obwaltet.

Nach dem nun vorliegenden Berichte der galizischen Statthalterei hat sich das Etappen-Ober-Kommando gegen die Bewilligung des Schweinebezuges mit der Begründung ausgesprochen, daß für die Armeeteile, zu deren Etappenbereich die in Betracht kommenden Bezirke gehören, wegen des herrschenden Viehmangels seit Monaten ununterbrochen Schlachtvieh zugeschoben werden müsse.

Ebenso haben sich die von der Statthalterei befragten Bezirkshauptmannschaften Mielec, Ropczyce, Tarnow, Rzeszow, Strzyzow, Jaslo, Krosno, Dabrowa, Bochnia, Nowy Sacz, Przeworsk und Lancut — abgesehen von den veterinärpolizeilichen — sowohl aus Approvisionierungs- als auch aus züchterischen Gründen gegen den Abtransport von Schweinen aus ihren Bezirken ausgesprochen, da der Schweinebestand in diesen Bezirken infolge der Kriegsergebnisse sehr stark gelichtet wurde und die Ausfuhr des hauptsächlich aus Säuen und Ferkeln bestehenden Restes zur Ausrottung des Schweinebestandes führen würde.

Angeichts dieser Sachlage hat sich auch die galizische Statthalterei gegen jede Ausfuhr von Klauenvieh aus Galizien ausgesprochen.

Mit Rücksicht auf diese Umstände glaube ich von weiteren Schritten in dieser Angelegenheit vorläufig absehen zu müssen, da — abgesehen von allen anderen dagegen sprechenden Momenten — bei der ablehnenden Haltung des Etappen-Ober-Kommandos die Beistellung von Transportmitteln wohl ausgeschlossen wäre.

Der Ackerbauminister:  
Zenker m. p.“

Ober-Magistratsrat Dr. Konstantin Mayer berichtet über ein Anbot des Julius Brück auf 100 Waggons Weizenmehl lofo Wien zu 80 K und Fracht, einige hundert Waggons Weizen von 76 kg per Hektoliter aufwärts zu 74 K und Fracht, 100 bis 150 Waggons Herrschaftshafer 43 bis 48 kg per Hektoliter schwer zu 80 K und Fracht, weiters Gerste, Erbsen und Speisebohnen, alles rumänischer Provenienz. Die Kriegsgetreide-Verkehrsanstalt habe nun erklärt, daß sie hinsichtlich der Einfuhr und des Abtransportes der angeführten Waren im Sinne der Verordnung vom 16. September 1915, betreffend die Einfuhr von Getreide, Hülsenfrüchten und Mahlprodukten aus dem neutralen Auslande keinerlei Zusage machen könne. Da daher keine Aussicht bestehe, die Waren für die Gemeinde Wien hierher zu bringen, müsse das Anbot abgelehnt werden.

Weiters teilt Bürgermeister Dr. Weiskirchner mit, daß er von der Mineralölindustrie-Gesellschaft m. b. H., Trzepina, 234 Zisternen Petroleum für die Gemeinde Wien angekauft habe.

Gem.-Rat Steiner ersucht den Herrn Marktamt-Direktor, sein Augenmerk auf die gegenwärtig in Wien verabreichten Abzugsbiere zu richten und weiters auch der Aufspeicherung von Pflanzenfett entgegenzutreten.

Gem.-Rat Dr. Hein fragt sodann den Bürgermeister, was an dem Gerücht Wahres sei, daß die Gemeinde ein Anbot auf 50.000 Gänse aus Russisch-Polen abgelehnt habe.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner erklärt, daß der Gemeinde niemals ein Anbot auf 50.000 Gänse, das Stück zu 5 K, aus Russisch-Polen überreicht worden sei, auch nicht auf eine andere